

# Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:  
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662  
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 25. Oktober 1968

Blatt 3099

## Bürgermeister Marek im Wiener Gemeinderat:

### Dauernde Neutralität - eine völkerrechtliche Verpflichtung

25. Oktober (RK) Zu Beginn der heutigen Sitzung des Wiener Gemeinderates ergriff Bürgermeister Bruno Marek anlässlich des morgigen Nationalfeiertages das Wort. Der Bürgermeister führte aus:

"Der 26. Oktober als Nationalfeiertag ist für uns Österreicher ein Tag besonderen Gedenkens. Mit diesem Tag wurde nämlich in der Erinnerung eine leidvolle Epoche abgeschlossen, die in den Jahren 1933/34 begann und 1955 ihren Abschluß fand. An diesem Tag war der Abzug der Besatzungstruppen vollzogen und damit die im Staatsvertrag vorgesehene Frist von seiten der ehemaligen Besatzungsmächte erfüllt.

Österreich hat aber auch an diesem Tag durch seinen Nationalrat ein Bundesverfassungsgesetz über die immerwährende Neutralität Österreichs beschlossen, dessen Begründung der damalige Bundeskanzler Ing. Julius Raab in einer eindrucksvollen Rede mit den prägnanten Schlußsätzen darlegte: 'Mit dem heutigen Tag wird der Unterschied gegenüber der seelischen Verfassung des österreichischen Volkes im Jahre 1918 voll sichtbar. Das österreichische Volk bejaht heute einmütig seinen Staat. Das österreichische Selbstbewußtsein hat sich - trotz oder gerade infolge der zahlreichen erlittenen Unbilden - zu einem eigenständigen österreichischen Nationalbewußtsein entwickelt.'

./.

Anschlußverbot und Unabhängigkeit

Die dauernde Neutralität Österreichs datiert also vom Jahr 1955, ihre Wurzeln reichen aber bis in das Jahr 1918 zurück. Als am 12. November des Jahres 1918 die Republik Deutsch-Österreich ausgerufen wurde, wurde sie gleichzeitig als Bestandteil der am 9. November ausgerufenen Deutschen Republik proklamiert. Daß die Siegermächte des ersten Weltkrieges dieses politische Programm, das ihren militärischen Sieg in eine politische Niederlage umgewandelt hätte, im Interesse des europäischen Gleichgewichts nicht akzeptierten, erscheint uns heute selbstverständlich. Die Friedensverträge von St. Germain und Versailles bereiteten der Anschlußpolitik ein Ende. Sie brachten ein Anschlußverbot und erklärten die Unabhängigkeit Österreichs für unveräußerlich. Österreich war also gezwungen, eine Politik der Quasi-Neutralität zu machen. Der faschistische Siegeszug und die Schwächung der demokratischen Westmächte führten aber auch zu tiefgreifenden Änderungen der österreichischen Innen- und Außenpolitik; 1933/34 wurde die beinahe isolierte österreichische Demokratie vernichtet, die Arbeiterbewegung ~~geknebelt~~, Österreich unter eine autoritär-faschistische Diktatur gestellt.

Die weiteren Etappen waren ebenso logisch wie tragisch. 1938 bis 1945 gab es keinen österreichischen Staat und damit auch keine österreichische Außenpolitik. Schon im Jahr 1933 warf Dr. Karl Renner in einer vielbeachteten Publikation den Gedanken, Österreich aus dem Kraftfeld der Großen auszuschalten, in die Debatte. Die damalige internationale Situation hat aber die Realisierung solcher Möglichkeiten vereitelt.

Gewinn für Europa und die Welt

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, im besonderen vor Abschluß des Staatsvertrages, wurde der Gedanke der dauernden Neutralität wieder aufgegriffen. Wieder war es Bundespräsident Dr. Karl Renner, der 1947 in einem Artikel in der Wiener Zeitung für die Republik Österreich eine ähnliche Rolle und Bestimmung beanspruchte wie die Schweizer Eidgenossenschaft.

Sein Amtsnachfolger, Bundespräsident Dr. Theodor Körner, sagte am 11. November 1951 in eine Rede in Eisenstadt, daß ein freies und unabhängiges Österreich, aller Rivalitäten entrückt, einzig und allein der Sache des Friedens ergeben, ein Gewinn für Europa und die Welt sein werde.

Aber erst nach einer Beruhigung der Ost-West-Spannung konnte der damalige österreichische Außenminister, Dipl.-Ing. Leopold Figl, auf der Außenministerkonferenz in Berlin, im Jänner 1954, die Bereitschaft Österreichs zur Neutralität erklären.

Bei den Moskauer Verhandlungen im April 1955 verpflichtete sich die österreichische Regierungsdelegation, im Falle des Abschlusses des Staatsvertrages Österreich den Status der immerwährenden Neutralität zu geben. Die sowjetische Seite erklärte, ihrerseits bereit zu sein, die Deklaration über die Neutralität Österreichs anzuerkennen. Die anderen Staaten, einschließlich der Großmächte, haben die immerwährende Neutralität Österreichs dann anerkannt, andere haben diesen Status zur Kenntnis genommen. Österreichs Weg führte also vom quasi-neutralen Staat aus der Zeit nach 1919 zur immerwährenden Neutralität von 1955.

Der Begriff der dauernden Neutralität, der seither zur Grundlage unseres außenpolitischen Handelns geworden ist, ist ein völkerrechtliches Verpflichtungsverhältnis, auf Grund dessen wir uns verpflichtet haben, dauernd mit allen anderen Staaten in friedlichem Zustand zu leben, während die anderen Staaten uns gegenüber und untereinander sich verpflichtet haben, den privilegierten Sonderstatus unseres Landes zu achten und aufrecht zu erhalten. Dieses Privileg - unter der

Zustimmung und Achtung der anderen Staaten, einschließlich der Großmächte, dauernd in Frieden zu leben - verpflichtet uns, die Unabhängigkeit und territoriale Integrität unseres Heimatlandes zu verteidigen.

Wir haben durch den Status der dauernden Neutralität eine Beschränkung unserer Souveränität übernommen, aber dafür haben die Großmächte und die anderen Staaten die Verpflichtung übernommen, unser Land, im Frieden und im Krieg, aus ihren politischen Kombinationen auszuschließen und unseren Status zu achten.

Es hieße den geschichtlichen Werdeprozeß unserer heutigen Staatsgemeinschaft verfälschen, bezeichneten wir das gemeinsame Staatsbekenntnis des Jahres 1918 als ein spontanes. In der Notzeit der Monate Oktober/November 1918 fanden sich in den provisorischen Organen der Nationalversammlung, des Staatsrates und der späteren Regierung Österreichs die Bundesländer zusammen, um ein gemeinsames Dach zu bilden. St. Germain formte von außen her die Fassade des neuen, klein gewordenen österreichischen Staates; seine Bürger, gewohnt an großräumige Beziehungen und Lebensumstände, konnten sich zunächst nicht zurechtfinden. Ihnen war das Lebensgesetz eines Kleinstaates, etwa nach dem Muster der Schweiz, fremd nach der jahrhundertelangen Tradition eines dominierenden Faktors in einem Vielvölkerreich.

Trotzdem darf der Weg der Republik über alle Fährnisse und Katastrophen bis zum ersten Dezennium 1928 nicht negativ bewertet werden. Hat man nicht das kulturelle Erbe der Vergangenheit bewahrt in Sammlungen und Museen, in der Tradition der hohen Schulen, im allgemeinen Blühen der kulturellen Bestrebungen der Bundesländer und nicht zuletzt, in aller Bescheidenheit sei dies vermerkt, in den großen sozialen Errungenschaften der Bundeshauptstadt. Man darf nicht mit dem unhistorischen Wenn arbeiten, um den möglichen weiteren Verlauf der Geschichte Österreichs seit 1928 zu zeichnen. Wäre es etwa gelungen, an eine europäische und amerikanische Konjunktur Anschluß zu finden, wie hätte sich dann das Geschick unserer Republik gestaltet!

Die Wirklichkeit war anders. Arbeitslosigkeit, Massenelend, außerparlamentarische Kräfte, manifestiert in den bewaffneten Wehrverbänden aller Gruppen und Parteien, unüberbrückbare Gegensätze der Parteien im Nationalrat. Dazu kam noch die Verhärtung zwischen den Parteien, eine Verkrampfung der Politik, die jeden menschlichen Kontakt zwischen den führenden Köpfen von selbst unterband und damit das Ende der Demokratie beschleunigte. Es sollen die lauterer Stimmen nicht überhört werden, die immer wieder mahnten: etwa die ergreifenden Sätze Leopold Kunschaks oder die Anstrengungen, die Dr. Karl Renner unternahmen, um das Schlimmste im eigenen Land zu verhindern. Wie unfassbar ist es für die heutige Jugend, daß einstmals Hunderttausende von Österreichern bewaffnet einander gegenüberstanden und der Bruderkrieg die Fundamente des Staates, der allen Bürgern gehörte, zerstörte. Es ist eine geschichtliche Tatsache, daß diese Entwicklung nicht ohne Schuld jener Kräfte von außen zustandekommen konnte, die versuchten, Österreich zum Spielball ihrer Interessen zu machen und das Herzstück des Donaupraumes als Absprungbasis für die eigenen Großmachtträume auswählten.

#### Der einzig richtige Entschluß

Das alles ist an einem Tag, der einer wirklichen österreichischen Besinnung und Konfrontation mit der eigenen Vergangenheit gilt, zu erwähnen. Die Schatten, die in den letzten Monaten auch über unser Land fielen, haben uns gezeigt, daß der Entschluß jener Männer, die in jahrelanger Arbeit den Staatsvertrag vorbereiteten und schließlich abschlossen - nämlich zur Neutralität Österreichs -, der einzig richtige war.

Es gibt kein Patentrezept für alle möglichen Fälle. Aber ich möchte für Österreich den weit über unsere Grenzen hinaus bekannten Univ.-Prof. Dr. Verdross sprechen lassen, der in seiner Schrift 'Die immerwährende Neutralität der Republik Österreich' schrieb: Allen Österreichern muß daher bei ihren Äußerungen und Handlungen stets das hohe Ziel vor Augen schweben, alles nicht zu tun, was die österreichische Unabhängigkeit gefährden könnte, und alles zu tun, was diese zu stärken geeignet ist.

In diesem heutigen Festakt eingeschlossen ist auch der Tag der österreichischen Fahne und damit das Gemeinschaftsbewußtsein aller Bundesländer, die sich 1918 zu unserer Republik bekannten. Ehe noch der Nationalfeiertag gesetzlich eingeführt war, feierte man am 26. Oktober den 'Tag der österreichischen Fahne'. Der Brauch, die Farben unseres Landes zu ehren, möge auch weiterhin besonders gepflegt werden. Stets soll auch in Erinnerung gerufen werden, daß das Rot-Weiß-Rot unseres Staates im Oktober 1918 von der Provisorischen Nationalversammlung als einigendes Symbol aller Bundesländer gewählt wurde; jenes dem alten Staatswappen entnommene Rot-Weiß-Rot, das an die babenbergische Mark erinnert. In unseren Staatsfarben sieht man die Geschichte unseres Landes seit den Anfängen einer selbständigen Staatswerdung.

Das Rot-Weiß-Rot als einigendes Band aller Bundesländer umschließt gleichzeitig die vielen und so verschiedenartigen Lebensbereiche und Aktivitäten der Bundesländer, die sich zur Republik zusammengeschlossen haben. Wien als Bundesland und Bundeshauptstadt will in einem edlen Wettstreit der Arbeit und Leistung alles tun, um in dieser Gemeinschaft bestehen zu können. Wien hat gerade an einem solchen Feiertag auch das Recht, seine eigenen Leistungen zu präsentieren und, rückblickend auf die schwere Leidenszeit seit 1945, auf die Selbstbehauptung und den Lebenswillen dieser Stadt stolz zu sein.

Längst ist die Meinung mancher ausländischer Politiker, daß diese Stadt dem Tode geweiht wäre, vergessen. Was man als 'Armenhaus Europas' bezeichnen wollte, hat sich unter schwersten Bewährungsproben der letzten fünfzig Jahre als ein lebensdurchpulster Organismus erwiesen. Die Bevölkerung dieser Stadt konnte und kann nicht durch Fährnisse, Drohungen und Gefahren gebeugt werden, und das Bild des Wienerers, der sich das Leben allzu leicht macht, ist längst korrigiert durch die Tatsache, daß diese Stadt als Vormauer Österreichs ihre geschichtliche Bewährungsprobe in Ehren bestanden hat. Ihre Bürger, in der Zusammensetzung eine Widerspiegelung vieler Völker des alten

Reiches, sind in Treue und Standfestigkeit zu diesem Staat, unserer Republik Österreich, durch eine schwere Leidenszeit gegangen, deren Ende der Jubel vor dem Belvedere am Tage der Unterzeichnung des Staatsvertrages war.

Als in den Apriltagen des Jahres 1945 aus den Räumen des Wiener Rathauses die Provisorische Regierung unter Dr. Karl Renner auszog, um im Parlament symbolisch wieder für Österreich die eigene Staatsgewalt zu proklamieren, konnte niemand mehr bieten als einen ungewissen Wechsel auf die Zukunft. Der Glaube an Österreich über alle Schranken der Parteien hinweg, die Gemeinsamkeit des Leidens und die richtige Erkenntnis aller, die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen, waren das Fundament dieses neuen Heldenzeitalters Österreichs, wie es Heimito von Doderer einmal genannt hat.

So möge denn an diesem Tag, dem nationalen Feiertag unserer Republik in Besinnung und Feier aller jener gedacht sein, die längst von uns gingen: der Baumeister der Ersten und Zweiten Republik, Dr. Karl Renner, Ingenieur Julius Raab, Theodor Körner, Ing. Leopold Figl, Dr. Adolf Schärf. Sie sind heute bereits Gestalten der jüngsten Geschichte dieser Republik, deren Bürger unseren Staat voll und ganz bejahen. Es möge aus der Bejahung und dem stolzen Bekenntnis zur demokratischen Republik Österreich, im Hinblick auf die schwere Zeit, die hinter uns liegt, jeder an seinem Platz dafür wirken, daß auch in der Zukunft unser herrliches Vaterland ein Hort des Friedens, der Freiheit, der Gerechtigkeit bleibe und alle Prüfungen bestehe."

- - -

Auch im Herbst mehr Wien-Besucher  
=====

Fremdenverkehr im September

25. Oktober (RK) Das Statistische Amt der Stadt Wien meldet folgende Zahlen über den Fremdenverkehr im September. (Zahlen für den September des Vorjahres in Klammern.)

Im Berichtsmonat verzeichneten die Wiener Beherbergungsbetriebe insgesamt 142.406 Gäste, das sind um 11.206, oder 8,5 Prozent mehr, als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Zahl der Nächtigungen hat sich um 27.088 auf 402.856 (375.768) erhöht. Hier beträgt die Zunahme 7,2 Prozent.

Die überwiegende Mehrheit der Wien-Besucher, und zwar 121.005 (110.177) Personen kamen aus dem Ausland.

Unter den Wien-Besuchern nahmen die aus der Bundesrepublik Deutschland mit 30.938 (27.342) den ersten Rang ein, gefolgt von 19.956 (20.628) Wien-Touristen aus den Vereinigten Staaten.

Die weitere Reihenfolge:

CSSR, 9.609 (3.624), das sind plus 165,1 Prozent;  
Großbritannien, 6.057 (6.332), das sind minus 4,3 Prozent;  
Italien, 6.042 (4.705), das sind plus 28,4 Prozent;  
Schweiz, 5.768 (5.123), das sind plus 12,6 Prozent;  
Frankreich, 3.518 (4.265), das sind minus 17,5 Prozent;  
Jugoslawien, 3.292 (3.688), das sind minus 10,7 Prozent;  
Niederlande, 3.266 (2.971), das sind plus 9,6 Prozent;  
Kanada mit 2.050 (1.714), das sind plus 19,6 Prozent.

Auffallend ist die weitere sprunghafte Zunahme der Besuche aus der CSSR, mit 165,1 Prozent, die damit erstmalig an der dritten Stelle aller Wien-Besucher rangieren, weiter die kontinuierliche Zunahme der Zahl der italienischen Touristen (28,4 Prozent), die sich heute bereits an fünfter Stelle der Wien-Besucher befinden.

Die Zunahme der Besuche aus Kanada mit 19,6 Prozent, aus der Schweiz mit 12,6 Prozent und aus Deutschland mit 11,2 Prozent hält unvermindert an.

Aus dieser Reihenfolge ist auch ein prozentmäßig stärkeres Absinken der französischen Besucher (17,5 Prozent) zu ersehen.

Die Wiener Jugendherbergen verzeichneten 5.972 (5.971) Gäste. Davon kamen 4.662 (5.095) aus dem Ausland.

- - -

#### 70. Geburtstag von Hans Rupprich

=====

25. Oktober (RK) Am 28. Oktober vollendet der Literaturhistoriker Univ.-Prof. Dr. Hans Rupprich das 70. Lebensjahr.

Er wurde in Alt-Ruppersdorf, Niederösterreich, geboren und habilitierte sich 1929 an der Wiener Universität für deutsche Sprache und Literatur. Seit 1951 ist er Ordinarius. Sein Forschungsgebiet umfaßt drei wichtige Abschnitte der deutschen und österreichischen Literaturgeschichte, und zwar die späten Auswirkungen der deutschen Romantik auf Wien, die Literatur der Übergangsperiode vom späten Mittelalter zur Neuzeit und die damit verbundene Bewegung des Humanismus, schließlich die österreichische Literatur vom Beginn der Neuzeit bis in das 19. Jahrhundert. Besonders wichtig sind seine Arbeiten auf dem Gebiet der österreichischen spätmittelalterlichen Literatur. Auch die von ihm besorgte Herausgabe der Korrespondenz des Humanisten Konrad Celtes ist sehr wichtig und liefert den Nachweis, welche zentrale Bedeutung Wien am Aufblühen des Humanismus hatte. Für das Verständnis dieser Epoche ist auch die Herausgabe und Bearbeitung der schriftstellerischen Arbeiten Albrecht Dürers und Willibald Pirckheimers von großer Bedeutung. Hans Rupprich ist Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

- - -

75. Geburtstag von Karl Farkas

25. Oktober (RK) Am 28. Oktober vollendet der Schauspieler, Bühnendichter und Regisseur Professor Karl Farkas das 75. Lebensjahr.

Er wurde in Wien geboren, wandte sich schon frühzeitig dem Schauspielerberuf zu und spielte in Charakterrollen, betätigte sich aber auch als Spielleiter. Nach Zwischenstationen in Olmütz, Ostrau und Linz kehrte er 1920 in seine Vaterstadt zurück und fand an der Neuen Wiener Bühne als Charakterdarsteller und Regisseur einen Wirkungskreis. Gleichzeitig trat er als Conferencier im Kabarett "Simplizissimus" auf. Von 1926 bis 1931 war er Direktor des Wiener Stadttheaters. Anschließend führten ihn Gastspiele an viele Wiener Bühnen. 1938 ging er nach Paris, später nach Amerika, wo er sich als Schauspieler und Bühnenautor betätigte. 1946 kehrte er nach Wien zurück und übernahm die Leitung des Simplizissimus. Karl Farkas, dem vor allem die Schöpfung der Wiener Form des Ausstattungsstücks, der Revue, zu verdanken ist, hat als Stegreifdichter ein großes Talent entfaltet. Er war dank seiner Vielseitigkeit als Bühnendichter, Direktor, Regisseur und Schauspieler zugleich der Star seiner eigenen Revue und hatte auch als Kabarettist große Erfolge. Er war der Textdichter von zahlreichen Revuen und Operetten oder arbeitete an ihnen mit und schrieb eine Reihe von Drehbüchern. 1956 wurde ihm das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich, 1963 anlässlich seines 70. Geburtstages die Ehrenmedaille der Stadt Wien in Gold verliehen.

- - -

Zum Republikjubiläum:Bücher für die Wiener Schuljugend  
=====

25. Oktober (RK) In den nächsten Tagen werden alle Wiener Schüler, gleichgültig ob sie eine Privatschule oder öffentliche Schule (auch höhere Schulen) besuchen, aus Anlaß des fünfzigjährigen Bestehens der Republik Österreich von der Stadt Wien einen Dokumentationsband als Geschenk bekommen.

Die Schüler in der ersten und zweiten Schulstufe erhalten einen kleinen mit Bildtafeln versehenen Band unter dem Titel "Zum 50. Geburtstag unserer Republik".

Die Schüler von der dritten bis zur siebenten Schulstufe werden in einem Buch "Unsere Republik ist 50 Jahre alt" die Geschichte der Republik Österreichs nachlesen können. In diesem Buch befinden sich auch die Lebensbilder einiger der bedeutendsten österreichischen Politiker seit 1918, nämlich: Karl Renner, Ignaz Seipel, Julius Raab und Adolf Schärf.

Die 14- bis 19jährigen erhalten "50 Jahre Republik Österreich". In diesem Band ist ausführlich und reich illustriert die österreichische Geschichte, beginnend mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges dargestellt. Eingeleitet ist dieses Buch mit einem Vorwort von Bundespräsident Franz Jonas.

Alle drei Bücher sind als Lehrbehelf vom Bundesministerium für Unterricht empfohlen.

Der Gesamtaufwand für diese Aktion belief sich auf zirka 3,5 Millionen Schilling.

- - -

Angehende Lehrerinnen im Festsaal des Wiener Rathauses  
=====

25. Oktober (RK) Heute vormittag empfing Bürgermeister Bruno Marek im Großen Festsaal des Rathauses 460 Schülerinnen des Musisch-pädagogischen Realgymnasiums, Hegelgasse. Er sprach über die Bedeutung des 26. Oktobers und gab einen Überblick vom Beginn der Ersten Republik bis in die heutige Zeit. Er schloß mit dem Appell an die jungen Wienerinnen auf den guten Fundamenten weiterzubauen und die Gestaltung der Zukunft selbst in die Hand zu nehmen.

Anschließend besuchten die Schülerinnen mit ihrer Direktorin, Frau Dr. Rauser, die große Jubiläumsausstellung im Wiener Rathaus.

- - -

Ost- und Südosteuropa-Institut: Empfang im Rathaus  
=====

25. Oktober (RK) Heute gab die Stadt Wien im Rathauskeller für die Teilnehmer an dem Internationalen Symposium des Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts ein Mittagessen. Stadtrat Hubert Pfösch begrüßte in Vertretung des Bürgermeisters die Tagungsteilnehmer.

- - -

Wiener Gemeinderat  
=====

25. Oktober (RK) Vorsitz: Gemeinderat Dr. Bohmann (SPÖ).

Anfragen: KLS 2, ÖVP 4, SPÖ/ÖVP 1.

Anträge: FPÖ, "Beschleunigte Errichtung einer allgemeinbildenden höheren Schule im 23. Bezirk", "Wartehäuschen bei Straßenbahnhalttestellen". KLS, "Umleitung Baustelle Erzherzog Karl-Straße". ÖVP, "Motivenbericht bei Flächenwidmungs- und Bebauungsplanänderungen", "Mehrjähriges Finanzkonzept und Investitionsprogramm", "Einbeziehung von Studierenden an privaten Lehranstalten in das Stipendienwerk", "Ausreichende Versorgung der Bewohner neuer Wohngebiete".

Hierauf ergriff Bürgermeister Bruno Marek anlässlich des Nationalfeiertages das Wort (siehe "Rathaus-Korrespondenz" 3099 bis 3105).

Debatte um AREÖ-Stützpunkt

GR. Sagmeister (SPÖ) berichtete über den Verkauf eines Grundstückes an der Brünner Straße, für Zwecke des ARBÖ. Als Grundpreis wurden 400 Schilling pro Quadratmeter vorgeschlagen.

GR. Dr. Habl (ÖVP) stellte fest, daß seine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen werde, weil es sich um ein 1.900 Quadratmeter großes Grundstück des insgesamt 40.000 Quadratmeter großen Industriegeländes handle. Die ÖVP-Fraktion wende sich gegen den widmungsfremden Verkauf.

Der ARBÖ wolle das Grundstück zur Errichtung einer Kraftfahrbetreuungsstelle verwenden. Man müsse zugeben, daß es sich um eine außerordentlich günstige Lage handle, da dem Grundstück gegenüber eine Mobil-Tankstelle, unweit davon eine BP-Service-Station und in allernächster Nähe noch weitere Tankstellen liegen.

(Vizebürgermeister Slavik: "Reden Sie für Tankstellen und Benzinfirmen?") Da das als Industriegrundstück gewidmete Gebiet über einen Gleisanschluß verfüge, sei die Errichtung einer Tankstelle wohl nicht angebracht. (Vizebürgermeister Slavik: "Dem ÖAMTC hätten Sie es lieber vergönnt!") Auf den Zwischenruf eingehend, verwies GR. Dr. Habl darauf, daß der ÖAMTC eine Politikerklausel in seinen Statuten verankert habe (Slavik: "Politikerklausel in einem ÖVP-Klub.")

Dr Redner kritisierte auch, daß der Quadratmeterpreis mit 400 Schilling zu niedrig bewertet ist. Deshalb bleibe seine Fraktion bei der Ablehnung. (Vizebürgermeister Slavik: "Die Autofahrer werden Ihnen das nicht vergessen.").

GR. Wiesinger (SPÖ): In letzter Zeit kann man feststellen, daß die ÖVP alles ablehnt, was in Zusammenhang mit der SPÖ nahestehenden Organisationen steht. Der ARBÖ erfüllt eine höchst wichtige Funktion in dieser Zeit der starken Motorisierung. Floridsdorf ist ein Entwicklungsgebiet und nicht nur die Einwohnerzahl, auch die Zahl der Kraftfahrzeuge steigt ständig. Bei Grundtransaktionen der Gemeinde mit der Firma Hinteregger habe die Volkspartei viel eher zugestimmt.

GR. Dr. Habl weist zurück, daß er oder seine Fraktion an der Firma Hinteregger ein besonderes Interesse gehabt hätten. Es handelte sich jedoch bei diesem Geschäftsstück um eine reine Grundtauschtransaktion, da die Firma ein Grundstück zur Erweiterung eines Friedhofs zur Verfügung gestellt hat.

GR. Srp (SPÖ) stellt nachdrücklich fest, daß der Kaufpreis in beiden Fällen der gleiche war, nämlich 400 Schilling pro Quadratmeter. Die Volkspartei möge nicht so kleinlich sein, wenn es um Interessen der Arbeiterschaft geht.

Vizebürgermeister Slavik (SPÖ) verweist auf den Gleichheitsgrundsatz, der in unserer Verfassung verankert ist. Man soll daher nicht immer wieder den Versuch unternehmen, Organisationen oder Personen, die in irgendeinem Verhältnis zur SPÖ stehen, zu diskriminieren. Auf Wiener Boden wird das der Volkspartei nicht gelingen. Wenn die ÖVP dieses Spiel fortsetzt, dann muß sie zur Kenntnis nehmen, daß ihre Stimmen eine Beschlußfassung nicht verhindern, im umgekehrten Fall wäre es jedoch anders. (Beifall bei den Sozialisten.)

GR. Sagmeister (SPÖ) im Schlußwort: Die Kraftfahrer werden die Errichtung dieser Beratungsstelle mit Freude begrüßen, auch wenn sie nur mit Mehrheit beschlossen wurde.

Bei der Abstimmung wird der Antrag mit den Stimmen der SPÖ, FPÖ und KLS angenommen.

(Zwischenruf GR. Windisch SPÖ zur der Volkspartei: "Fiakergeist". Kein Verständnis für die Motorisierung!)

Subvention für den Buchklub der Jugend

GR. Karoline Pluskal (SPÖ) beantragt eine Subvention von 50.000 Schilling an den Österreichischen Buchklub der Jugend aus Anlaß seiner 20-Jahr-Feier. Der Buchklub der Jugend, der Träger des Dr. Karl Renner-Preises ist, bemüht sich erfolgreich, die Schmutz- und Schundliteratur durch wertvolle Bücher zu bekämpfen.

GR. Peter (FPÖ) verweist auf Zeitungsberichte der letzten Tage, in denen festgestellt wird, daß der Buchklub auch Pornoliteratur angekauft habe. Man sollte daher vorsichtig sein und dies erst überprüfen lassen. Ferner wurde festgestellt, daß der Buchklub Sparbücher mit 5,5 Millionen Schilling Einlage habe und der Rechnungshof daher eine weitere Subventionierung als nicht gerechtfertigt erachtet. Er stellt den Antrag auf Absetzung dieses Tagesordnungspunktes.

GR. Pluskal im Schlußwort: Der Österreichische Buchklub leiste positive Arbeit und sei absolut förderungswürdig. Wie bereits erwähnt, soll die Subvention aus Anlaß des Jubiläums gewährt werden. Eine gewisse Rücklage sei notwendig, um beabsichtigte Drucklegungen von Büchern gewährleisten zu können.

Der Antrag von GR. Peter wird abgelehnt.

Der Antrag der Referentin wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und KLS angenommen.

U-Bahn: Ausschreibungsentwurf für den ersten Bauabschnitt

GR. Ing. Hofmann (SPÖ) referierte über einen Ausschreibungsentwurf für die ersten Bauabschnitte der U-Bahn-Linien 1, 2 und 4. Die Kosten betragen vier Millionen Schilling.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) begrüßte diesen Antrag, fragte aber, wie es um die weitere Entwicklung bestellt sei. Nach einem einmaligen allgemeinen Gespräch am 26. Jänner habe man in der Folge nur mehr viele Details, aber keine umfassende Übersicht erfahren. Vor allem fehle jede Mitteilung, mit welchen Mitteln sich der Bund am U-Bahn-Projekt beteiligen werde. Eine einzige außerordentlich vage Antwort seitens des Bundes stamme von Bundeskanzler Dr. Klaus. Der seinerzeitige Finanzminister Schmitz habe jede Beteiligung strikte abgelehnt, die Einstellung seines Nachfolgers Dr. Koren kenne man nicht. Einer Anekdote zufolge soll Vizebürgermeister Slavik

anlässlich eines Zusammentreffens mit dem Finanzminister bei der Herbstmesse auf eine Besprechung angespielt und zur Antwort erhalten haben: "Na, ich warte ja auf Sie". Es scheine also, daß sich die Stadt Wien mit den Finanzierungsgesprächen Zeit lasse. Vielleicht bremse man die Verhandlungen deshalb, um den Baubeginn bis zu den Gemeinderatswahlen hinauszuzögern.

GR. Dr. Krasser (ÖVP) begrüßte, daß Architekt Dr. Schickl angefragt habe, ob man nicht schon jetzt ausgestaltende Architekten heranziehen solle. Er schlage vor, in Form eines Wettbewerbes auch Designer heranzuziehen. Als Gemeinderat des 1. Bezirkes verlangte der Redner auch, man möge die Ausschreibungsbedingungen so gestalten, daß das Geschäftsleben und die Wirtschaft nicht zum Erliegen kommen. (Vizebürgermeister Slavik: "Das werden die Techniker entscheiden!") Abschließend wandte sich GR. Dr. Krasser an Vizebürgermeister Slavik und fragte warum dieser immer noch nicht fachlich fundierte Finanzgespräche mit dem Finanzminister aufgenommen habe, obwohl die ÖVP erfolgreiche Vermittlungen durchgeführt und ein positives Gesprächsklima herbeigeführt habe. (Zwischenrufe von der SPÖ: "Die U-Bahn und der Finanzminister sind nicht Angelegenheit der ÖVP, sondern der Republik Österreich und der Stadt Wien".) (Bürgermeister Marek: "Der Bundeskanzler wurde im Mai informiert!" Vizebürgermeister Slavik: "Das Wiener Memorandum wurde zur gleichen Zeit deponiert!")

GR. Ing. Hofmann (SPÖ): Es sei erschütternd, wenn es der Vermittlung der Wiener ÖVP bedarf, daß sich der Finanzminister zu einem Gespräch bereitfindet!

Der Redner forderte die ÖVP auf, wenn es ihr zu langsam gehe, ihr 1947 genanntes U-Bahnprojekt zur Verfügung zu stellen. Zur Forderung von GR. Dr. Krasser, sich schon während der Vorbereitungsarbeiten mit der Ausgestaltung der U-Bahn-Stationen zu beschäftigen, kann gesagt werden, daß nach einer Mitteilung von Stadtrat Heller das Institut für Formgebung schon vor längerer Zeit dazu eingeladen wurde.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

./.

Kostenlose Lernmittel für alle Schüler

GR. Ascherl (SPÖ) berichtete über den Antrag, für Schüler und Schülerinnen der ersten bis vierten Klasse der öffentlichen oder mit Öffentlichkeitsrecht versehenen allgemeinbildenden höheren Schulen ab dem Schuljahr 1968/69 Ausbildungsbeiträge in der Höhe von 400 Schilling pro Schüler und Schuljahr zu gewähren. Mit dieser Maßnahme soll ein weiterer Personenkreis angeregt werden, ihre Kinder schon nach Absolvierung der Volksschule in eine allgemeinbildende höhere Schule zu schicken. Diese Ausbildungsbeiträge werden an Unterhaltspflichtige gewährt, die pro Jahr netto nicht mehr als 70.000 Schilling verdienen. Dieser Betrag erhöht sich um 14.000 Schilling für die Ehegattin und für jedes Kind um 7000 Schilling. Die Aufwendungen für diese Aktion werden 1968 den Betrag von 6,4 Millionen Schilling nicht übersteigen.

Weiter berichtete GR. Ascherl über den Antrag, demzufolge die Stadt Wien den Schülern auch der privaten mit Öffentlichkeitsrecht ausgestatteten Pflichtschulen ab dem Schuljahr 1968/69 die erforderlichen Lehrmittel unentgeltlich zur Verfügung stellen soll. Die Kosten hierfür werden heuer 5,3 Millionen betragen.

GR. Dr. Stemmer (SPÖ): kulturpolitische Auseinandersetzungen sind in dieser Frage nicht mehr zielführend. Dies stützt sich darauf, daß die katholische Kirche durch eine Erklärung ihrer Bischöfe im Jahre 1945 bekanntgab, sich aus der Politik herauszuhalten und dies auch zum überwiegenden Teil von ihren Repräsentanten eingehalten wurde. Andererseits hat sich die Haltung der Sozialistischen Partei gegenüber der Kirche und dem Glauben durch das Verhalten der Kirche geändert. Diese geänderte Haltung der Sozialistischen Partei kam im Parteiprogramm 1958 klar zum Ausdruck. Auf diese Art konnte ein heftiger Konfliktstoff entfernt werden. Sicherlich ist diese neue Haltung auf beiden Seiten noch nicht überall ganz durchgedrungen, aber es ist eine Tatsache geworden, daß die unglückselige Allianz zwischen Kirche und Politik nicht mehr besteht. Dies habe der Sozialistischen Partei in verschiedenen Fragen eine Haltung ermöglicht, wie dies in der Ersten Republik nicht denkbar gewesen wäre. So zum Beispiel bei der Beschlußfassung über die Kosten zum Wiederaufbau des Stephansdomes, über das Jubiläumsgeschenk anlässlich des 80. Geburtstages an

Kardinal Innitzer, über das Konkordat 1962, welches die Voraussetzung für die Schulgesetze war, über die Schulgesetze und die heute zu beschließende Verleihung des Ehrenbürgerrechtes an Kardinal König. Es ist notwendig, festzuhalten, daß diese Beschlüsse auch in der Partei einstimmig gefaßt wurden. Das Problem der Privatschulen ist mit den Schulgesetzen 1962 abgeschlossen.

Der Grund für diesen Antrag liegt nicht zuletzt in sozialen Erwägungen. Eine Untersuchung über die soziale Zusammensetzung der Schüler in Privatschulen zeigt, daß 61,9 Prozent der Kinder in den Privatschulen aus Kreisen von Unselbständigen stammen, 35,8 Prozent aus Kreisen der Selbständigen, 1,3 Prozent aus Pensionistenkreisen, ein Prozent sind Fürsorgekinder. Daraus ergibt sich, daß die Überlegungen, die zu diesem Antrag geführt haben, sozial berechtigt sind. Es hat sich nie um eine Diskriminierung einer bestimmten Bevölkerungsschicht gehandelt, und der Bundesgesetzgeber hat sehr wohl zwischen den öffentlichen und den privaten Schulen hinsichtlich der Finanzierung unterschieden. Wenn die seinerzeitigen Unterhändler der Meinung gewesen wären, daß die Unentgeltlichkeit des Unterrichts in den öffentlichen und privaten Schulen gleichermaßen bestehen soll, so wäre es wohl möglich gewesen, eine solche Bestimmung in das Gesetz aufzunehmen. Es hat niemand daran gedacht, jemanden zu diskriminieren.

Auch der zweite Antrag betrifft eine freiwillige Leistung der Stadt Wien. Wir waren der Meinung, daß der Ausbildungsbeitrag für Untermittelschüler eine Voraussetzung ist, um den Zustand herzustellen, den uns die Schulgesetze schuldig geblieben sind.

Wir sind der Ansicht, daß die Schulgesetzgebung 1962 nicht der Abschluß, sondern der Anfang eines Auftrages war. Die Schulgesetze sind zu erfüllen, und es wäre manches raschest zu tun. Der Redner kommt in dem Zusammenhang auf die Uneinheitlichkeit der Lernbücher in den Mittelschulen zu sprechen und erklärt: Es kann in einem Staat von nicht ganz sieben Millionen Einwohnern nicht allzu schwer sein, die Fachleute auf eine Form zu bringen, zu der schließlich alle "ja" sagen können. Auch die Frage der Intensivierung des Unterrichts muß gelöst werden. Man sollte die Fähigkeiten und das Denken schulen, und nicht solch enormen Wert auf manchen Wissensballast legen, der doch nicht erhalten bleibt.

Schließlich forderte Dr. Stemmer eine rasche Anpassung an die Erfordernisse der Zeit, weil Bildungsfragen Konsequenzen haben und ein unrichtig eingeschlagener Weg sehr schwer rückgängig gemacht werden kann. (Beifall bei der SPÖ.)

GR. Bittner (ÖVP) schildert die jahrelangen Versuche, eine Gleichstellung der Schüler in den Privatschulen mit denen an öffentlichen Schulen zu erreichen. Zwei Jahre nach Beschluß der Schulgesetze stellte die ÖVP einen neuen Antrag, auf den keine Antwort erfolgte. Am 26. Jänner 1968 wurde wieder ein neuer Antrag gestellt auf den das große Schweigen folgte; im April blieb eine Urgenz unbeantwortet. Am 18. Juli konnte man aus der endlich erfolgten Stellungnahme nichts Ermutigendes entnehmen. Bei den Vorbereitungen im Kulturausschuß war von einer Einbeziehung der Privatschulen keine Rede.

Nach der Kontroverse im letzten Gemeinderat erfuhr man am 1. Oktober, daß der Wiener Ausschuß am 30. September den Beschluß gefaßt habe, auch Schüler privater Schulen in den Genuß der Lehrmittel kommen zu lassen. Bei dem von der ÖVP gestellten Antrag hatte diese also nicht einmal mitstimmen dürfen. (Bürgermeister Marek: "Gott sei Dank!")

In dem "Pfarrerbrief" von Vizebürgermeister Slavik tauchte auch plötzlich eine neue Version auf, in der enthalten war, daß man den Antrag der ÖVP nicht akzeptieren habe können, da durch die Teillösung die Untermittelschulen benachteiligt worden wären. Offen bleibe, warum man die Entscheidung mitten im Schuljahr nun doch getroffen habe, wodurch die Schüler privater Schulen nicht rechtzeitig in den Genuß der Begünstigungen gekommen sind. Heute, sechs Jahre und drei Monate nach Abschluß der Schulgesetze sei die von der ÖVP initiierte Begünstigung der Privatschüler endlich geschaffen worden. Vielleicht könne nun auch die Frage der Freikarten für körperbehinderte Kinder in Schulen positiv gelöst werden.

Den Antrag für Ausbildungsbeiträge für Untermittelschulen begrüßt seine Fraktion, wenngleich er daran erinnere, daß es auch bisher möglich gewesen wäre, über die Mittel der Elternlade minderbemittelten Kindern das Anschaffen von Büchern und Heften zu erleichtern. Den Ausführungen von Landtagspräsident Dr. Stemmer schließe er sich an, gebe aber zu bedenken, daß man das Milieu des Elternhauses gesetzlich nicht regeln, sondern ein Umschichten im Denken nur durch intensive Aufklärungsarbeit erreichen könne. Es sei zu hoffen, daß nach erfolgter Aufklärung noch mehr begabte Kinder gleich von Beginn an die Untermittelschule besuchen. Was das neunte Schuljahr anlange, sei die Rechtslage einfach: Wenn nicht eine Änderung durch die Zweidrittelmehrheit herbeigeführt wird, wäre das Gesetz erfüllt. Noch fehlen die Lehrpläne aber man habe auch noch Zeit, und es sei kein Grund von "zu spät" zu sprechen.

GR. Karoline Pluskal (SPÖ) referiert darüber, dem Verein "Wiener Festwochen" für zusätzliche Ausgaben, die aus dem Ersatzengagement des Bukarester Teatrul de Comedie entstanden sind, eine Subvention von 150.000 Schilling zu gewähren.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) stellt fest, daß seine Fraktion diesem Antrag die Zustimmung verweigern werde. Diese Haltung richte sich nicht gegen das Bukarester Ensemble, sondern dagegen, daß die Gemeinde Wien für das Versagen einiger Mitglieder des Festwochenkuratoriums aufkommen soll. Er wies auf die schwerwiegenden Folgen hin, die ein Verhalten wie im Falle des "Ausladens" des Athener Theatron Technis, in Zukunft haben müßte. Die logische Konsequenz wäre, daß jeder Kulturaustausch mit Staaten, die keine freigewählten Regierungen haben, abgebrochen werden müßte. Die Begründung, es wäre eine Provokation der Jugend Österreichs gewesen und man befürchtete Ausschreitungen, sei nicht beweisbar. Im übrigen sei das "Theatron Technis" als "linksliberal" bekannt und stehe nicht mit der griechischen Militärjunta in Beziehung.

Im Schlußwort stellt GR. Pluskal (SPÖ) fest, daß es zu der Zeit der "Ausladung" des Athener Ensembles mit Athen überhaupt keine Verbindung gab.

Gerade weil dieses Ensemble oppositionell ist, hätte es unter Umständen Ausreiseschwierigkeiten gegeben. Darüber hinaus wäre der Jugend und der breiten Öffentlichkeit die Tatsache der oppositionellen Stellung des "Theatron Technis" nicht bekannt gewesen und das Auftreten als Provokation empfunden worden. Daher sei die Entscheidung, das Bukarester Ensemble einzuladen, richtig gewesen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und KLS angenommen.

Als nächsten Tagesordnungspunkt referierte Vizebürgermeister Slavik (SPÖ) über die Vereinbarung zwischen der Stadt Wien und dem Österreichischen Fußballbund, betreffend den <sup>N</sup>achlaß einer Schuld von 17,7 Millionen Schilling. Diese resultiert aus der seinerzeitigen Vereinbarung, im Falle der Aufstockung des Wiener Stadions, die Hälfte der Kosten zu übernehmen. Von den auf den Fußballbund entfallenden 20 Millionen Schilling sind bis heute fast 2,3 Millionen Schilling bezahlt worden, und zwar aus den Nettoeinnahmen bei ÖFB-Veranstaltungen im Wiener Stadion. Der Fußballbund ist nun an die Stadt Wien mit dem Ersuchen herangetreten, den Restbetrag nicht mehr bezahlen zu müssen, und zwar mit der Begründung, die Bezahlung dieser Summe würde seine Interessen, den Österreichischen Fußballsport durch breite Jugendförderung wieder günstig zu entwickeln, aufs schwerste beeinträchtigen.

GR. Rösner (SPÖ) zeigt auf, welcher enormer Betrag diese 17,7 Millionen Schilling für den ÖFB darstellen, der aus den Sporttotomitteln für ganz Österreich nur 19 Millionen Schilling erhält. Der Redner wandte sich dann mit aller Entschiedenheit gegen jene Sportjournalisten, die immer wieder gegen die Abgabe des Sportgroschen opponieren und stellte fest, daß dieser Betrag zur Gänze wieder den Wiener Sportverbänden zufließe. Kulturstadträtin Sandner wird heuer für Breitensportförderung neun Millionen Schilling zur Verfügung stellen. Dies, sowie die Schenkung von 17,7 Millionen Schilling an den Österreichischen Fußballbund beweise einmal mehr die sportfreundliche Haltung der Wiener Stadtverwaltung.

Gründung der Heizbetriebe-Gesellschaft

Hierauf referierte Vizebürgermeister Slavik (SPÖ) den Antrag, daß sich die Stadt Wien an der zu gründenden "Heizbetriebe Wien Gesellschaft mbH." mit einer Stammeinlage von 99.000 Schilling beteilige. Diese Gesellschaft soll die bestehenden Fernheizwerke gegen ein jährliches Entgelt von 200.000 Schilling in Verwaltung nehmen. Später soll die Stadt Wien eine Kapitalerhöhung von 120 Millionen vornehmen.

Das Steigen des Fernwärmebedarfes illustrierte Slavik durch folgende Zahlen: 1960/61 waren nur zehn Prozent der städtischen Wohnbauten zentralbeheizt, derzeit sind es 80 Prozent aller Gemeindefohnbauten. 1964 mußten für den Ausbau von Heizzentralen zehn Millionen Schilling aufgewendet werden, 1966 bereits 22 Millionen, 1967 142 Millionen, aber 1968 bereits 251 Millionen. Im Jahr 1969 wird der Aufwand 500 Millionen betragen.

Wenn die Stadt Wien den Ausbau der Fernwärme aus Steuermitteln betreiben würde, müßte eine Einschränkung auf anderen Gebieten in Kauf genommen werden. Daher die Gründung einer Kapitalgesellschaft.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) begrüßte den Ausbau der Fernwärme, wandte sich jedoch gegen die geplante Vorgangsweise. Es gäbe gewichtige Gründe, die gegen eine Kapitalgesellschaft sprechen: in erster Linie die zu geringe Kontroll- und Einflußmöglichkeit. Die Stadt Wien sollte durch die Ereignisse bei der Stadthallen-Betriebsgesellschaft gewarnt sein. Abschließend verwies der Redner auf die Möglichkeit, die Fernwärmegesellschaft als Teil der Stadtwerke zu führen.

Stadtrat Dr. Schaumayer (ÖVP) erklärte, es habe sich bei den Differenzen um das Fernwärmewerk keineswegs um ein Politikum, sondern um einen sachlichen Konflikt gehandelt. Jeder Investor, sei es ein privater oder die öffentliche Hand, muß vor der Errichtung eines neuen Betriebes über die betriebswirtschaftliche Rentabilität seines Vorhabens Bescheid wissen. Bei der öffentlichen Hand erwartet der Steuerzahler mit Recht, daß diese Überlegungen besonders genau angestellt werden. Diese Wirtschaftlichkeitsberechnung für die Fernwärmeversorgung Wiens haben wir vom Koalitionspartner immer wieder erbeten, aber nie erhalten. Ferner mußten wir im über-

geordneten Interesse der Wiener Bevölkerung darauf hinweisen, daß die Fernwärmeversorgung als dritte Schiene mit den Energieträgern Strom und Gas koordiniert werden muß. Die ÖVP-Fraktion kann auch kein Verständnis dafür aufbringen, daß ein eigenes Verwaltungshochhaus für die Fernwärme errichtet werden soll.

Mit der nun zwischen den beiden Koalitionspartnern geschlossenen Vereinbarung wird im Interesse der Konsumenten und der Stadtwerke sichergestellt, daß die dritte Versorgungsschiene Fernwärme eine wirtschaftliche und mit den beiden anderen Versorgungsschienen Strom und Gas koordinierte Entwicklung nimmt. Auf Grund dieser in letzter Minute erfolgten Einigung über die Koordinierung mit den Stadtwerken und die Frage der Wirtschaftlichkeit sieht sich die ÖVP daher doch in der Lage, der Vorlage zuzustimmen. Wir hoffen, daß die neue Gesellschaft ihre neue Versorgungsaufgabe im Einvernehmen mit den Stadtwerken ordentlich, gut und wirtschaftlich erfüllen wird. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Nekula (SPÖ): Es ist zu hoffen, daß durch die Fernwärme in Wien die Luftverunreinigung auf ein Minimum zurückgedrängt werden kann.

Der Redner bestreitet, daß keine Unterlagen vorgelegen wären, und erklärt, daß nie Differenzen darüber bestanden hätten, daß die Fernwärme mit den anderen Energieträgern koordiniert werden muß. Der sachliche Streit war nie das Entscheidende, die Frage war vielmehr nur, unter welcher Führung die Fernwärmegesellschaft stehen soll. Die ÖVP wollte die Führung dieser Werke.

Auf den Einwurf von der ÖVP-Seite, daß er offenbar mehr über die Hintergründe wisse als andere Gemeinderäte stellt Nekula fest, daß er sich die Unterlagen selbst besorgte. "Das kann jeder tun. Nachtragen wird man's ihm nicht." Anschließend gibt er der Freude darüber Ausdruck, daß sich die ÖVP in letzter Minute doch noch zum vorliegenden Konzept bekannt habe.

Vizebürgermeister Slavik betont im Schlußwort, daß er nicht von früheren Situationen ausgehe, sondern immer von dort, wo man jetzt steht. Schließlich liege die Geburt der Fernheizwärme ja schon lange zurück und sei gar nicht so neu. Schon die Stadthalle wird durch Fernwärme versorgt. Seither sei das Problem allerdings

gewachsen und es wären neue Gespräche notwendig gewesen. "In der Spittelau wird ein Werk mit Wärme-Kraftkupplung entstehen, und daher führten wir Gespräche mit den E-Werken. Natürlich gab und gibt es auch hier Interessenkollisionen. Wir sollen aber nicht davon ausgehen, unsere Beratungen allein politisch zu betrachten. Übrigens waren wir immer dafür, daß die Energieversorgung in einer Hand vereint wird. Die Frage ist nur, in welcher."

Slavik betont, daß eine Rentabilitätsberechnung nicht so ohne weiters zu erstellen sei. "Was im Moment notwendig ist, das ist Kapital. Und haben die Stadtwerke Kapital?" Es wird auch die Frage zu prüfen sein, wie viel eine Million Kalorien bei den E-Werken, bei den Gaswerken oder beiden Fernheizwerken kostet. Diese Vergleiche müsse man erst anstellen. Und dann obendrein noch abwarten, wie sich die Entwicklung darstelle. Erst wenn die Fernwärme tatsächlich rentabel sei, könne man daran denken, die Produktionsstätten den Stadtwerken anzuschließen.

"Die Idee ist nicht, daß wir unbedingt hundertprozentige Eigentümer sein müssen. Es könnten zum Beispiel auch die Brennstofflieferanten sein, die Ölfirmen. Leider waren diese Partner bisher nicht dazu bereit". Die Fernheizung werde auch eine Berufsumschichtung bringen, denn was solle zum Beispiel mit den Kohlenhändlern geschehen. Andererseits werde sich Neues entwickeln. Jedenfalls will sich die Stadt Wien nicht wehren, Partner für die Finanzierung zu akzeptieren und ihnen auch dann Führungsanteile einzuräumen.

Abschließend wendet sich Slavik gegen demagogische Vergleiche, in denen man einmal Wien etwa Paris gleichsetzt, ein andermal St. Pölten. "Ich weiß, wir haben keine U-Bahn und das was wir haben, nennen andere Städte bloß so. Wir sagen halt Stadtbahn dazu, oder Schnellbahn. Jedenfalls sei die Fernheizung ein Schritt in die Zukunft, genauso wie etwa die U-Bahn.

Bei der Abstimmung wird der Antrag von SPÖ und ÖVP angenommen.

50 Millionen für Existenzgründungskredite

Berichterstatter, GR. Jodlbauer (SPÖ) stellte den Antrag, dem Kreditverein der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien zehn Millionen Schilling zur Gewährung von Existenzgründungskrediten zur Verfügung zu stellen. Diese Aktion hat so großen Anklang gefunden, daß die bisherigen Mittel in Höhe von 40 Millionen bereits verbraucht sind.

Als Debattenredner stellte GR. Neusser (ÖVP) fest, daß die Stadtverwaltung die Wirtschaft fördern müsse, um die Einnahmen zu erhöhen. Gehen doch an Gewerbesteuer nicht weniger als 700 Millionen ein, während die Lohnsummensteuer 496 Millionen beträgt.

Vizebürgermeister Slavik habe vor kurzem die Wichtigkeit der Industrieförderung betont. Doch es dürfe nicht auf die Förderung der kleinen Betriebe vergessen werden, deren Zahl leider ständig zurückgehe. 1965 gab es 34.320 Gewerbebetriebe, 1967 nur mehr 32.551.

Dieser Entwicklung müsse entgegengewirkt werden. Vielleicht könnten die Konditionen der Kreditgewährung noch verbessert werden. Beispielsweise durch Erhöhung der gegenwärtigen Altersgrenze von 35 Jahren auf 40 oder 45 Jahre oder durch die Erhöhung der Kredit-Höchstgrenze, die mit 100.000 Schilling limitiert ist.

In seinem Schlußwort unterstrich GR. Jodlbauer, daß die Gemeindeverwaltung stets bestrebt sei, die Gewerbebetriebe zu fördern. Die Bestimmungen der Kreditgewährung seien wohlüberlegt, um ein Höchstmaß an Förderung zu erreichen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Der 25.000. Besucher in der Jubiläumsausstellung  
=====

25. Oktober (RK) Heute mittag begrüßte Bürgermeister Bruno Marek den 25.000. Besucher der "Wiener Jubiläumsausstellung 1968". Es handelte sich um eine junge Dame, Fräulein Eva Kurzweil aus dem 16. Bezirk, Studentin an der Pädagogischen Akademie, Die künftige Lehrerin war mit einer Gruppe von Kolleginnen einer Anregung des Lehrkörpers zum Besuch der Jubiläumsausstellung gefolgt. Bürgermeister Marek überreichte Fräulein Kurzweil einen Blumenstrauß, einen goldenen Rathausmann und ein Wien-Buch.

Der Bürgermeister erklärte, er freue sich, daß gerade die jungen Menschen, die die Probleme von morgen zu lösen haben werden, auch den Geschehnissen der Vergangenheit ihre Aufmerksamkeit widmen. Die Jubiläumsausstellung bezeichnete der Bürgermeister als "ein Stück lebendige Geschichte Wiens", die beweise, daß die Österreicher seit 1945 ein Volk seien, welches nicht mehr in politisch feindliche Gruppen zersplittert ist.

- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten  
=====

25. Oktober (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Karfiol 4 bis 5 S, Salat 2.50 bis 3 S je Stück, Weißkraut 3 bis 4 S je Kilogramm.

Obst: Äpfel 3 bis 3.50 S, Birnen 6 bis 10 S je Kilogramm.

- - -

Kardinal Dr. König - Ehrenbürger von Wien  
=====

25. Oktober (RK) Der Wiener Gemeinderat hat heute Kardinal-Erzbischof DDr. Franz König anlässlich des 10. Jahrestages seiner Kreation zum Kardinal in Würdigung seiner überragenden Leistungen einstimmig zum Ehrenbürger der Stadt Wien ernannt.

Kulturstadträtin Gertrude Sandner verlas in der Sitzung des Gemeinderates die Begründung des Antrages, die mit der Feststellung schließt, das Kardinal König trotz seines hohen Amtes Volkspriester geblieben ist. Er hat durch zahlreiche Besuche von Betrieben, kulturellen und kommunalen Einrichtungen in Wien, durch seine aktive Teilnahme am öffentlichen Geschehen sowie durch seine dem Leben und den täglichen Sorgen der Wiener Bevölkerung zugewandte Haltung wirkungsvoll zum Ausgleich von Gegensätzen beigetragen. Das weltweite hohe Ansehen, das der Wiener Erzbischof genießt, trägt wesentlich zur Hebung des Prestiges der österreichischen Bundeshauptstadt bei.

Zum Lebenslauf des jüngsten Wiener Ehrenbürgers

Kardinal DDr. Franz König wurde am 3. August 1905 in Rabenstein an der Pielach, Niederösterreich, geboren und absolvierte das Studium der Philosophie und Theologie an der Päpstlichen Universität Gregoriana in Rom, wo er auch 1933 die Priesterweihe empfing. Anschließend war er in seiner engeren Heimat in verschiedenen Orten als Kaplan tätig und wurde 1938 als Domkurat nach St. Pölten berufen. Dort arbeitete er bis Kriegsende in der Jugend- und Kriegsgefangenenenseelsorge und konnte in diesem Wirkungskreis seine Sprachkenntnisse sehr verwerten. Im selben Jahr wurde er Religionsprofessor in Krems. 1946 erfolgte an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Wien seine Habilitierung für Religionswissenschaft im Rahmen der Alttestamentlichen Wissenschaft, 1948 die Berufung zum außerordentlichen Professor für Moraltheologie nach Salzburg. In dieser Zeit leistete DDr. König die Hauptarbeit für die Herausgabe des dreibändigen Standardwerkes "Christus und die Religionen der Erde". 1952 wurde Dr. König von Pius XII. zum Titularbischof von Livias und Koadjutor des St. Pöltner Bischofs Memelauer mit dem Recht

der Nachfolge ernannt. Am 10. Mai 1956 wurde Bischof-Koadjutor DDr. König von Pius XII. als Nachfolger Kardinal Innitzers zum Erzbischof von Wien ernannt. Die Inthronisation fand am 17. Juni in Wien statt. Zwei Jahre später wurde der Erzbischof von Wien im Konsistorium vom 15. Dezember 1958 von Johannes XXIII. zum Kardinal kreiert, und erhielt als Titelkirche San Eusebio. Am 21. Februar 1959 wurde Kardinal König zum Militärvikar für Österreich ernannt. In Fortsetzung seiner wissenschaftlichen Arbeit gab DDr. König ein "Religionswissenschaftliches Wörterbuch" heraus und fungierte bei der Neuherausgabe des Lexikons für Theologie und Kirche als Fachleiter für Religionswissenschaft. Bei der Vorbereitungsarbeit des II. Vatikanischen Konzils war Kardinal DDr. König Mitglied der "Zentralen Vorbereitungs-kommission" und wurde zu Beginn der ersten Sitzungsperiode in die "Theologische Kommission" gewählt. Im September 1961 war Kardinal König päpstlicher Legat bei den Feierlichkeiten anlässlich der 900-Jahrfeier des Kaiserdomes in Speyer. 1961 reiste er als erster Kardinal zu Patriarch Athenagoras nach Konstantinopel. 1963 traf er in der amerikanischen Botschaft in Budapest erstmals den ungarischen Primas Kardinal Mindszenty. Anlässlich des Eucharistischen Kongresses in Bombay im Dezember 1964 war er an einem öffentlichen Gespräch mit je einem prominenten Vertreter des Hinduismus, Parsismus und Islam in Indien beteiligt. Im Frühjahr 1965 folgte er einer Einladung des Rektors der Al-Azhar Universität in Kairo, wo er über das gemeinsame Anliegen der monotheistischen Religionen dem Atheismus gegenüber sprach. Als im Sommer 1965 die Errichtung des Dritten Vatikanischen Sekretariats für die Nichtgläubigen erfolgte, wurde Kardinal König von Paul VI. mit der Leitung betraut. Außerdem wurde er zum Mitglied der zur Ausführung der Beschlüsse des II. Vatikanischen Konzils eingesetzten päpstlichen Kommission für die Reform des kanonischen Rechtes ernannt. Als Vorsitzender der Österreichischen Bischofskonferenz ist er auch Mitglied der von Paul VI. eingesetzten "Bischöfssynode".

- - -

## VII. Europäische Gemeindegkonferenz in Straßburg

=====

25. Oktober (RK) Vom 28. bis 30. Oktober findet am Sitz des Europarates in Straßburg die VII. Europäische Gemeindegkonferenz statt, die in jedem zweiten Jahr abgehalten wird und Delegierte der Gemeindegverbände aus den Europarat-Ländern zu Gesprächen über wesentliche Fragen der europäischen Kommunalpolitik versammelt.

Die Themen der diesjährigen Tagung betreffen die Kosten der städtischen Konzentrationen und Probleme der Landflucht. Darüber hinaus aber wird es zweifellos zu einer Diskussion über die politische Lage in Europa kommen.

Als Vertreter Österreichs nehmen an der Konferenz die beiden Obmann-Stellvertreter des Österreichischen Städtebundes, der Innsbrucker Bürgermeister DDr. Lugger und der Grazer Bürgermeister Dipl.-Ing. Scherbaum, ferner der Vizepräsident des Österreichischen Gemeindegbundes, Landtagspräsident von Kärnten und Bürgermeister von Hermagor, Tilian, der Präsident des Tiroler Gemeindegverbandes und Bürgermeister von Kematen, Dr. Ostermann, sowie der Klagenfurter Bürgermeister Außerwinkler und der Generalsekretär des Österreichischen Gemeindegbundes, Hofrat Dr. Hammer, teil.

- - -

Gesperrt bis Sonntag, den 27. Oktober, 19.30 Uhr:

In Wien stehen genug Lehrer zur Verfügung  
=====

Bürgermeister Bruno Marek über aktuelle Fragen des Schulwesens

25. Oktober (RK) Im Rahmen der Sendereihe "Wiener Probleme" sprach Bürgermeister Bruno Marek am Sonntag, dem 27. Oktober, um 19.30 Uhr, im Programm Österreich Regional von Radio Wien über aktuelle Fragen des Schulwesens.

Im einzelnen führte der Bürgermeister aus:

"Erfreulicherweise hat sich die jährliche Geburtenzahl in Wien von 1955 bis 1963 nahezu verdoppelt und bleibt seit dieser Zeit mit durchschnittlich 20.000 Geburten im Jahr konstant. Dies führt natürlich auch zu einer beträchtlichen Steigerung der Schülerzahlen. So besuchen heuer um 20.000 Schüler mehr die öffentlichen Pflichtschulen als 1963/64, und bis zum Jahre 1974/75 erwarten wir einen weiteren Zuwachs von etwa 18.600 Schülern. Das bedeutet aber, daß Wien mehr Schulraum benötigt. Mit dem Schulbauprogramm der Stadt Wien wird die entsprechende Vorsorge getroffen.

Seit 1945 wurden 52 neue Schulen errichtet, davon allein 20 seit dem Jahre 1964. Der Gesamtaufwand für die 20 Schulen betrug 460 Millionen Schilling. Bis Ende des kommenden Jahres werden noch fünf und bis Ende 1970 sieben weitere Schulen fertiggestellt.

Das Problem der Klassenschülerzahlen

Ich möchte mich aber in meinem heutigen Gespräch einem anderen Fragenkomplex des Schulwesens zuwenden. Zu Beginn dieses Schuljahres wurde ein Problem in der Öffentlichkeit leidenschaftlich diskutiert: die Klassenschülerzahlen. In der Erkenntnis, daß große Klassenschülerzahlen den Unterrichtserfolg stark mindern, hat das Schulgesetzwerk 1962 festgelegt, daß nicht mehr als 36 Schüler in eine Klasse der Volksschule, Hauptschule, allgemeinbildenden höheren Schule und des Polytechnischen Lehrganges aufgenommen werden dürfen. Da wegen des Lehrermangels in Österreich diese Bedingung nicht erfüllt werden konnte, wurde diese Bestimmung nicht sofort in Kraft gesetzt.

Es ist sicher unerhört schwierig, eine möglichst gleichmäßige Aufteilung der Kinder in die einzelnen Schulklassen durchzuführen, weil die Verkehrsverhältnisse der Umgebung und auch die besonderen Wünsche der Eltern berücksichtigt werden müssen. Um so erfreulicher ist es aber, daß von den insgesamt 3.327 Klassen an öffentlichen Schulen in Wien nur in 20 Klassen, das sind 6 Promille, die Klassenschülerhöchstzahl überschritten werden mußte. Durch diese Maßnahme wurde eine entscheidende Grundlage für einen erfolgreichen Unterricht gelegt: Die Lehrer können sich in der kleinen Klasse dem einzelnen Kind besser widmen und auf seine Individualität Rücksicht nehmen; die Kinder können einen innigeren Kontakt zum Lehrer aufbauen und fühlen sich nicht in der großen Zahl ihrer Mitschüler anonym; erfahrungsgemäß sinkt in kleineren Klassen auch die Zahl der Repetenten.

#### Vorschulklassen für zurückgestellte Kinder

Psychologen und Pädagogen haben längst erkannt, daß der Schulstart des Kindes für seine spätere Einstellung zur Schule und zum Leben sehr wichtig ist. Unter den sechsjährigen Schulanfängern bestehen aber große Unterschiede in ihrer sozialen, geistigen und seelischen Reife. Deshalb wird großer Wert darauf gelegt, die Schulreife der Kinder festzustellen und Schüler, die die Schulreife noch nicht besitzen, vom Schulbesuch zurückzustellen. Was soll aber mit den zurückgestellten Kindern geschehen? Sie brauchen eine besondere Förderung, um im nächsten Schuljahr mit Erfolg die erste Klasse absolvieren zu können.

Für diese Kinder richtet der Stadtschulrat seit Jahren Vorschulklassen ein, in denen besonders ausgesuchte Elementarlehrer für eine gute Sprachausbildung in spielerischer und gemeinsamer Tätigkeit, für die Entwicklung der Zahlauffassung, für die Eingliederung in die Gemeinschaft und für viele Anregungen aus dem Alltagsleben sorgen. Diese Vorschulklassen werden im Rahmen eines Schulversuches durchgeführt; sie bestehen zur Zeit nur in Wien. Viele ausländische Pädagogen zeigen an diesen Vorschulklassen großes Interesse, weil diese das Kind vom Mißerfolgserlebnis beim Schulstart entlasten.

Neben den Vorschulklassen kann Wien noch auf eine zweite Einrichtung hinweisen, die in den letzten Jahren sehr erfolgreiche Arbeit geleistet hat. Für schwächere Kinder und für solche, die wegen Krankheit im Unterricht zurückgeblieben sind, werden in der ersten und zweiten Volksschulklasse Förderstunden abgehalten, in denen der Lehrer jedes Kind individuell fördert und betreut.

#### Mehr Maturanten und Akademiker

Nach der vierten Klasse erfolgt der Übertritt der Schüler in die Hauptschule und in die allgemeinbildende höhere Schule. Auf Grund des Schulgesetzwerkes 1962 hat diese Entscheidung für den weiteren Schulweg des Kindes noch keine endgültige Bedeutung, weil auch nach der vierten Klasse der Hauptschule ein Übertritt in die musisch-pädagogischen Realgymnasien oder in berufsbildende höhere Schulen - Handelsakademien, technisch-gewerbliche Lehranstalten - erfolgen kann. Solange aber die allgemeinbildende höhere Schule mit der fünften Schulstufe beginnt, ist es sehr wichtig, daß viele Eltern ihre Kinder in diese Schule schicken, weil in unserer Zeit der Industrialisierung und Automation immer mehr Maturanten und Akademiker gebraucht werden.

In einem Bericht über die Bildungsplanung in Österreich wird festgestellt, daß das Wirtschaftswachstum und die Steigerung des Nationalproduktes in Zukunft nur möglich sind, wenn genügend Fachkräfte für Wissenschaft und Wirtschaft zur Verfügung stehen. In diesem Bericht an die OECD wird festgestellt, daß in Zukunft von je 100 in die Volksschule eintretenden Schülern 25 die Reifeprüfung ablegen müßten. Wie sieht das nun in Wien aus?

Die Zahl der Volksschüler, die nach der 4. Klasse in die allgemeinbildende höhere Schule übertreten, steigt in den letzten Jahren ständig an und beträgt zur Zeit etwa 38 Prozent. Innerhalb der einzelnen Bezirke bestehen aber noch immer sehr große Unterschiede. Während im 1., 6., 7., 13. und 19. Bezirk etwa 60 Prozent der Abgänger der 4. Volksschulklassen in ein Gymnasium oder Realgymnasium eintreten, liegt der Prozentsatz im 11., 21. und 22. Bezirk unter 25 Prozent. Es gibt also noch sehr viele begabte Schüler, die nicht die allgemeinbildenden höheren Schulen besuchen.

In Wien: Doppelt so viele Maturanten

Sehr wichtig ist auch die Zahl der Studierenden, die die Reifeprüfung erfolgreich abschließen. Mit großer Freude kann ich feststellen, daß die Zahl dieser Studierenden in Wien im Verhältnis zu den anderen Bundesländern und auch im Verhältnis zu anderen europäischen Städten sehr günstig ist. Zur Zeit legen fast 20 Prozent aller Jugendlichen in Wien eine Reifeprüfung ab, während der österreichische Durchschnitt etwa zehn Prozent beträgt. Damit ist die Gewähr gegeben, daß sowohl für den Nachwuchs an Wissenschaftlern, Akademikern und Lehrern wie auch für die Besetzung der leitenden Posten in der Wirtschaft Vorsorge getroffen ist.

Andererseits muß ich aber darauf hinweisen, daß sich in den nächsten Jahren die Schülerzahl an den allgemeinbildenden Schulen fast verdoppeln wird, weil die Jahrgänge - wie ich einleitend sagte - stark anwachsen. Daher wird für den Bund die Aufgabe entstehen, neuen Schulraum zu schaffen, um die doppelte Zahl Maturanten heranzubilden.

Was die Frage des neunten Schuljahres an den allgemeinbildenden höheren Schulen anbelangt, bin ich der Meinung, daß die Verlängerung der Schulbildung dringend notwendig ist, um die Qualität der Bildung zu verbessern. Gleichzeitig aber müssen die Lehrpläne so gestaltet werden, daß sie viel stärker die Bedürfnisse der Gesellschaft wie auch die Interessen der jungen Menschen befriedigen.

Gute Erfolge des Polytechnischen Lehrganges

In diesem Zusammenhang möchte ich noch auf den Polytechnischen Lehrgang hinweisen, der in den beiden letzten Jahren nicht nur zu einem integrierenden Bestandteil des Pflichtschulwesens geworden ist, sondern dessen Leistungen auch in zunehmendem Maße von der Wirtschaft und der Bevölkerung anerkannt werden. Gewiß belastet die Einführung der neunjährigen Schulpflicht finanziell die Eltern oft sehr stark, aber man darf doch nicht vergessen, daß schon vor der Einführung der neunjährigen Schulpflicht in Wien fast 60 Prozent aller Fünfzehn-

jährigen eine ganztägige Schule besucht haben. Es wurden daher nur etwa 40 Prozent der Fünfzehnjährigen durch die gesetzlichen Maßnahmen verhalten, ein Jahr länger die Schule zu besuchen.

Erfreulicherweise ist unsere Stadt von dem katastrophalen Lehrermangel in Österreich - es fehlen zur Zeit mehr als ein Viertel aller benötigten Pflichtschullehrer - nicht betroffen. Die Werbeaktionen in den letzten Jahren brachten gute Erfolge, so daß in Wien für die nächste Zeit genügend viele Lehrer zur Verfügung stehen werden. Die Wiener Pflichtschulen brauchen jährlich etwa 300 bis 350 Lehrer, deren Ausbildung seit dem Jahre 1966 an der Pädagogischen Akademie erfolgt. Diese Institution ist ohne weiteres in der Lage, eine beliebig große Zahl von Studierenden für den Lehrberuf heranzubilden.

Entscheidend ist nur, daß eine große Zahl von Maturanten zur Verfügung steht. Daher komme ich wieder auf das bereits Gesagt zurück: Wir werden auch genügend viele Lehrer haben, wenn mehr Kinder als bisher in die allgemeinbildenden höheren Schulen eintreten."

- - -

Wiener Symphoniker nach Israel  
=====

25. Oktober (RK) Heute nachmittag gab Kulturstadträtin Gertrude Sandner im Rahmen einer Pressekonferenz bekannt, daß nun, nach genau einem Jahr, die Wiener Symphoniker wieder eine große Reise unternehmen - diesmal nach Israel. Professor Krips, unter dessen Leitung die Wiener Symphoniker konzertieren werden, erklärte, daß es für ihn nach zehnjähriger Pause eine große Freude sei, mit den Symphonikern wieder zusammenzuarbeiten. Es geschieht zum erstenmal, daß ein Orchester "deutscher Zunge" in Israel musizieren wird. Und sicher ist, daß dem Orchester eine schwere Aufgabe bevorsteht, denn das israelische Publikum ist zwar sehr begeisterungsfähig, aber auch sehr verwöhnt und sehr kritisch.

"Ich kann mit ruhigem Gewissen sagen", betonte Professor Krips, "daß ich diese Konzertreise nicht übernommen hätte, würde ich die Wiener Symphoniker nicht so gut kennen. Dieses Wiener Orchester, dessen Qualität einmalig ist, befindet sich zur Zeit in Hochform, und ich bin überzeugt, daß die Reise ein Erfolg sein wird. Die Wiener Symphoniker werden als Gesandte Österreichs nach Israel kommen, und ich weiß von israelischen Freunden, daß man die Wiener schon mit Freude und Spannung erwartet. Alle fünf Konzerte sind längst ausverkauft."

Programm und Termine

Von den fünf zur Auswahl übermittelten Programmen wurde viermal Beethoven und einmal Johann Strauß gewählt.

Die Abreise erfolgt am Sonntag, dem 27. Oktober (16 Uhr). Die Konzerte finden statt: Montag, 28. Oktober, in Tel Aviv; Dienstag, 29. Oktober, in Haifa; Mittwoch, 30. Oktober, in Haifa; Donnerstag, 31. Oktober, in Tel Aviv; und Samstag, 2. November, in Jerusalem. Die Rückkehr ist für 3. November vorgesehen (Ankunft in Wien-Schwechat voraussichtlich um 21.15 Uhr.).

./.

Mehr Kontakte zwischen Krips und den Symphonikern?

Auf die Frage eines Diskussionsteilnehmers, ob diese Israel-Konzerttournee der Beginn einer vermehrten Kontaktnahme zwischen Professor Krips und den Wiener Symphonikern sei, antwortete der Dirigent, es sei noch verfrüht, dies zu beantworten. Vorläufig werde die Tournee durchgeführt, er möchte aber betonen, daß er mit den Wiener Symphonikern sehr gut zusammenarbeiten könne.

- - -

Kahlenberg-Bus fährt kürzer

=====

Ab Montag, den 28. Oktober, fährt auf der Autobuslinie 21 Grinzing-Kahlenberg, der Jahreszeit entsprechend, bis auf weiteres der letzte Autobus der Linie 21 von Grinzing (über Cobenzl) auf den Kahlenberg um 20 Uhr, von Kahlenberg (über Cobenzl) nach Grinzing um 20.20 Uhr.

- - -

In die Obhut der Stadt Wien übernommen:

Gedenkstätte für die Opfer des österreichischen Freiheitskampfes  
=====

25. Oktober (RK) Im Rahmen einer Gedenkkundgebung der Arbeitsgemeinschaft der österreichischen Opferverbände nahm heute, am Vorabend des Nationalfeiertages, Bürgermeister Bruno Marek in Anwesenheit von Bundespräsident Franz Jonas eine Gedenkstätte für die Opfer des österreichischen Freiheitskampfes der Jahre 1938 bis 1945 in die Obhut der Stadt Wien. Die Gedenkstätte befindet sich im neuerbauten Leopold Figl-Hof in der Salztorgasse 6 - an jener Stelle auf dem Mortzinplatz, an der früher das berühmte SS-Hotel "Metropol" stand.

Bei der Kundgebung hielt Nationalratspräsident Dr. Alfred Malsta die Gedenkrede, bei der Übernahme der Gedenkstätte sprach Bürgermeister Bruno Marek Worte des Gedenkens an alle jene, die ihr Leben für ein freies und unabhängiges Österreich, für Demokratie und Gerechtigkeit geopfert haben. Seitens der Wiener Stadtverwaltung waren zu der Feier Vizebürgermeister Felix Slavik, die Stadträte Hans Bock, Dkfm. Alfred Hintschig, Maria Jacobi und Hubert Pfösch sowie Stadtschulratspräsident Dr. Max Neugebauer erschienen.

Der Gedenkraum im Leopold Figl-Hof ist im Parterre dieses Neubaus in Form einer Kapelle untergebracht. Über dem künstlerisch gestalteten Tor sieht man eine große Tafel mit der Inschrift "Gedenkstätte für die Opfer des österreichischen Freiheitskampfes 1938-1945", der Raum selbst trägt an der Stirnseite die Aufschrift "Niemals vergessen"; darunter sind Aussprüche von prominenten Freiheitskämpfern und Opfern des Faschismus zu lesen. Auf dem Marmorboden des eindrucksvoll ausgestalteten Raums sind die Spuren von Kinderfüßen naturgetreu nachgeahmt; damit will der Künstler, der den Raum gestaltete, zum Ausdruck bringen, daß die Kinder hier zu ihren Vorfahren pilgern und deren Andenken ehren sollen. In einem großen Schaukasten sind Bilder von österreichischen Freiheitskämpfern und zahlreiche Dokumente und Schriften ausgestellt.